

Die Katze ist das „Haustier Nummer 1“ in Deutschland. Aktuelle Schätzungen gehen von über acht Millionen Tieren aus, die in deutschen Haushalten leben oder zumindest versorgt werden. Leider nicht immer verantwortungsvoll. Es gibt Millionen von so genannten Freigängern, die sich unkontrolliert vermehren und deren Halter sich nicht mehr um sie kümmern. Krankheiten, Hunger, Unfälle und Bejagung gehören für diese Tiere zum Alltag und führen zu großem Leid.

Mitarbeiter der Tierheime, engagierte Tierärzte und nicht organisierte Tierfreunde versuchen zu helfen wo es geht. Aber sie sind ob der Anzahl der Tiere und des Leidens vielfach machtlos. Oft heißt es, dass Katzen sich bei Hunger „schon ein Mäuschen fangen“ oder bei Kälte „sich halt zusammen kuscheln“. Man muss kein Katzenkenner sein, um zu wissen, dass das so nicht funktioniert. Es gibt natürlich Wildkatzen, die an das Leben in der Wildnis angepasst sind. Diese Tiere leben aber in den Wäldern, sind sehr scheu und nicht zu verwechseln mit wildlebenden Hauskatzen! Dies sind die Tiere, die wir in den Städten bzw. bewohnten Gebieten sehen. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um so genannte Freigänger, also Katzen, die von ihren Besitzern nicht ausschließlich in Wohnungen gehalten werden, sondern die Möglichkeit haben, sich außerhalb aufzuhalten. Dies wollen die allermeisten Katzen ja auch so.

Zum Problem wird es, wenn diese Freigänger nicht kastriert sind und sich unkontrolliert vermehren. Die Vielzahl der Tiere finden in den Städten und Siedlungen nicht ausreichend Futter. Von engagierten Tierfreunden werden Futterstellen eingerichtet, aber hierbei handelt es sich meistens um unorganisierte Eigeninitiative oder aber die ortsansässigen Tierschutzvereine helfen nach Kräften. Eine gesundheitliche Versorgung unter diesen Bedingungen ist nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. Es ist sehr aufwändig, der Katzen habhaft zu werden. Und wenn sie sich einfangen lassen, um sie zu einem Tierarzt zu bringen, ist es oft auch schon zu spät. Wie viele Katzen im deutschen Straßenverkehr zu Tode kommen, ist statistisch nicht belegt.

In einigen Städten wurde deshalb eine kommunal gültige Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht eingeführt. Die Stadt Paderborn war hier einer der Vorreiterinnen. Demnach müssen alle so genannten Freigängerkatzen gechipt/tätowiert und kastriert werden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und viele Gemeinden und Kommunen sind diesem Beispiel gefolgt. Eine unkontrollierte Vermehrung ist so nicht mehr möglich und kranke/verletzte Tiere sind ihrem Besitzer zuzuordnen. Die Kontrolle dieser Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht stellt sich dabei als recht schwer dar. Aber eine solche kommunale Satzung hat mehr als symbolischen Wert und zeugt von der Bereitschaft, hier Verantwortung für die Katze übernehmen zu wollen.

Wir als Tierschutzallianz fordern deshalb die Einführung einer bundesweiten Haltungsverordnung für Katzen, wie es für andere Tierarten, wie z. B. dem Hund oder bei Zierfischen, bereits der Fall ist. Dem millionenfachen Leid der freilebenden Katzen in Deutschland kann nur durch die Einführung einer flächendeckenden Verordnung Einhalt geboten werden. Eine solche Katzenschutzverordnung sollte folgende Mindeststandards erfüllen:

- Kastrationspflicht für Freigängerkatzen
- Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht
- Mindestanforderungen für die Katzenhaltung

Deutschlandweit haben sich seit 2008 bereits etliche Städte und Gemeinden dieser tierfreundlichen Regelung angeschlossen, wobei besonders Niedersachsen mit etwa 180 Orten, darunter Hildesheim, Osnabrück und Wolfsburg, positiv heraussticht. Auch in NRW setzt sich die Einsicht zur Einführung einer KatzenschutzVO immer mehr durch. Schlusslicht sind derzeit vor allem noch die östlichen Bundesländer. Vielleicht liegt der Grund in der Besorgnis vor Kosten, was aber zu kurz gedacht ist, denn mittelfristig würden diese eher sinken. Wo sich die unkontrollierte Vermehrung von Katzen einschränken lässt, fallen in einigen Jahren auch weniger Kosten, z. B. für Tierheimplätze oder die Beseitigung toter Tiere auf den Straßen an. Nach unserer Kenntnis besteht aktuell die Kastrationspflicht in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock) und Sachsen-Anhalt (Bad Dürrenberg) nur in jeweils einer Stadt. Immerhin: Der Tierschutzverein in Eisleben, dessen Vorsitzender auch einen Sitz im Stadtrat hat, bemüht sich derzeit um die Einführung in der Lutherstadt und wir werden diese Forderung voll unterstützen.